

Gastkommentare

ivo33 27.06.2018 20:35

0 ★

Es stimmt, Kontakterweiterungsverfahren. X Stellungnahmen und Gutachten vorhanden. Bei einem neuen Antrag wird wieder Familiengerichtshilfe und/oder Jugendamt beauftragt. Es zieht sich wieder Monate. Wenn Befund der Richterin passt, wird mit der Stellungnahme oder dem Bericht argumentiert. Passt es der Richterin nicht, entscheidet sowieso nach eigener (politisch-ideologischen) Einstellung.... Mag sein, dass es für Einzelfälle geeignet ist, aber wie bei z.B. Besuchscafes wird es zum Standard erhoben...

[MELDEN](#) [TEILEN](#)

[ANTWORTEN](#)

► Poldi O 30.06.2018 00:02

0 ★

Der Rechtsschutz wäre da, nur was kostet er!

[MELDEN](#) [TEILEN](#)

[ANTWORTEN](#)

Entnebler 27.06.2018 10:16

1 ★

"Allein, auch hier liegt das Problem wieder bei den handelnden Personen": dazu muss man wissen, dass der im Artikel erwähnte, unlängst wegen Verkaufs falscher Drogentests strafrechtlich verurteilte Therapeut und der von einem Salzburger Gericht im nun schon zehn Jahre andauernden Strafverfahren gegen den "Fließbandgutachter" Dr. Egon Bachler eingesetzte Obergutachter ein und dieselbe Person sind. Der nebenher aus einer fachlich unzuständigen Berufsgruppe stammende und trotz heftigster Proteste der Geschädigten ins Verfahren bestellte Mann lieferte denn auch artig die „Reinwaschung“ des seinerzeit von der Salzburger Justiz so vielbeschäftigten Angeklagten ab, nachdem ihm die Richterin im Gutachtensauftrag recht klar die gewünschte Richtung vorgegeben hatte. Der Eindruck bleibt somit, dass sowohl die Wiener Drogenszene als auch die Salzburger Justiz ihre gewünschten „Persilscheine“ offensichtlich bei der gleichen Stelle bezogen. Kein Wunder also, dass besagte Richterin nach Auffliegen des Ganzen nunmehr die geschädigten Privatbeteiligten aus dem Verfahren werfen möchte. Wie schon gesagt: auch hier liegt das Problem wieder bei den handelnden Personen !

[MELDEN](#) [TEILEN](#)

[ANTWORTEN](#)

Poldi O 21.06.2018 21:24

1 ★

Strafprozesse wie der BUWOG Prozess mit seinem wenig zielstrebigem Ermittlungsverfahren, der Scheu, offen zuzugeben, daß die Anklage wegen der schlechten Beweislage wenig Aussicht auf Erfolg hat, seiner nicht genügend straffen Verfahrenführung und einer Fragerei ins Blitzblaue, weil man zwar Vermutungen, aber keine Beweise hat, blockieren den Gerichtsdienst auf Jahre und kosten allen Beteiligten, vor allem den Staat viel Geld!

[MELDEN](#) [TEILEN](#)

[ANTWORTEN](#)

TougherThanTheRest 21.06.2018 19:28

1 ★

Wenn Steuermilliarden in korruptionsumnebelten Grossprojekten verschwinden und das Förderwesen mit über 19 Mrd. pro Jahr weiterhin 'fröhliche Urständ feiert', darf man sich nicht wundern, wenn es anderswo am Notwendigen mangelt. Dass es für ein geordnetes Rechtswesen nicht genügend Geld geben sollte, ist für ein Land mit einer der allerhöchsten Steuerquoten nicht nachvollziehbar. Ein weites Terrain für die 'Reformregierung', egal ob durch Moser oder andere Regierungsmitglieder durchzuführen.

[MELDEN](#) [TEILEN](#)

[ANTWORTEN](#)

► **Poldi O** 21.06.2018 21:25

0 ★

Meine Hoffnung, daß der Ex-RH-Präsident Moser diesen Augias-Stall einmal ausmistet....

[MELDEN](#) [TEILEN](#)

[ANTWORTEN](#)

►► **Trixi90** 23.06.2018 09:43

0 ★

Es ist wirklich Zeit, dass ausgemistet wird. Das betrifft ganz besonders das Sozialrecht und das Arbeitsrecht. Unter Juristen gelten diese Materien als die Schwierigsten und Kompliziertesten.

Dank Gewerkschaft und Arbeiterkammer wird jedes "wohlerworbene Recht" auf ewige Zeiten fortgeschrieben und zu den bereits existierenden 100 Ausnahmeregelungen die 101. te hinzugefügt. Der Normalbürger kann bei bestem Willen nicht mehr folgen. Die monatliche Lohnabrechnung kann nur mehr ein Fachmann beurteilen ob diese korrekt ist, und ob ein Anspruch auf soziale Hilfe gegeben ist wissen die Allerwenigsten.

Hier könnten die Gewerkschaft und die Arbeiterkammer wirklich Großartiges für ihre Mitglieder leisten, indem sie über ihren Schatten springen und dazu beitragen die betroffene Gesetze radikal zu vereinfachen.

[MELDEN](#) [TEILEN](#)

[ANTWORTEN](#)

► **Trixi90** 23.06.2018 09:28

1 ★

Wenn die Richter die Verfahren nicht in die Länge ziehen, würde ein erheblicher Teil an zusätzlicher Arbeit bedingt durch zusätzliche Eingaben, Anträge, Stellungnahmen, Fristsetzungsanträge, etc. erst gar nicht entstehen.

[MELDEN](#) [TEILEN](#)

[ANTWORTEN](#)